Programmatischer Nachzügler: Die Liste Sebastian Kurz - Die Neue ÖVP

Als wir unseren Überblick über die außen- und europapolitischen Partei- und Wahlprogramme der im Nationalrat vertretenen Parteien begannen, war noch nicht absehbar, dass manche dieser sogenannten Programme erst knapp vor dem Wahltermin präsentiert werden könnten. In besonderem Masse trifft das auf die „Neue ÖVP“ und Sebastian Kurz - immerhin seit 2013 zuständiger Bundesminister im Außenministerium - zu. Die neue türkise Bewegung stellte gar erst 18 Tage vor dem Wahlsonntag ihre Ideen vor. Während in der Druckfassung der Zeitschrift INTERNATIONAL III/2017 somit nur eine Einschätzung erscheinen kann, so kann hier höchst aktuell das Wahlprogramm doch noch analysiert werden.

„Ordnung & Sicherheit“

Außen- und Europapolitik findet sich im dritten Teil des Wahlprogrammes „Der Neue Weg“ der ÖVP unter dem Oberbegriff *„Ordnung & Sicherheit“*. Grundlegend beruft sich die Partei auf ihre demokratischen Werte, den Rechtsstaat, ihre christlich-soziale Weltanschauung, die Aufklärung und die Menschen- und Bürgerrechte. Aus den Lehren des 20. Jahrhunderts, dem Nationalsozialismus und der Trennung Europas zieht sie den Schluss, dass die Zukunft in einem gemeinsamen Europa liegt.

Das Europakapitel steht unter dem Begriff *„Kurswechsel in Europa herbeiführen“*. Die EU habe dem Kontinent zwar Frieden gebracht, aber übertriebene Regulierungen belasten die Wirtschaft und damit hinkt Europa der globalen Entwicklung hinterher. Das ursprüngliche Ziel durch den EU-Binnenmarkt die Wettbewerbsfähigkeit zu stärken wird - nach Ansicht der türkisen Parteistrategen - durch zu viele Vorschriften gefährdet. Gleichzeitig würde die EU ihre Kompetenzen in Bereiche (etwa Gesundheitsschutz und nationalstaatliche Sozialleistungen) ausweiten, die über den Ansatz einer Wirtschaftsunion hinausgehen. Die neue ÖVP lehnt daher Bestrebungen zu einer „Sozialunion“ wie auch zu einer „Schuldenunion“ ab und tritt für eine Rückbesinnung auf die Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit, die Vervollständigung des Binnenmarkts und den Kampf gegen Steuerflucht ein.

Es scheint, als ob die Grundsätze der europäischen Integrationslehre an der neuen Parteiführung spurlos vorbei gezogen wären. Zu einem funktionierenden Binnenmarkt gehören schlussendlich natürlich auch gleiche

Mindeststandards im Bereich Gesundheitsschutz und natürlich muss eine fortschreitende Integration auch zu einer Angleichung von Sozialleistungen führen. Die aktuellen Verwerfungen in der EU sind ja gerade Ausdruck dieser fehlenden weiteren Harmonisierung. Stattdessen sieht die „neue ÖVP“ ihr Heil in einem erschreckenden Vulgärverständnis des Begriffs „Binnenmarkt“. Hier glaubt man tatsächlich, dass Binnenmarkt bedeuten würde, Waren möglichst ohne Hindernisse in andere Länder verkaufen zu können – und aus.

Institutionenumbau

Der EU-Kommissionspräsident soll nach Ansicht der Liste Kurz direkt von den Bürgerinnen und Bürgern gewählt werden, um die Legitimierung und Verantwortung den Wählern gegenüber zu steigern. Gleichzeitig müsse aber die EU-Kommission auch verkleinert und ihre Kompetenzen bereinigt werden. Dazu schlägt sie einen Subsidiaritätspakt vor: Neben den „ausschließlichen EU Kompetenzen“ (Zollunion, Wettbewerb, Währungspolitik für Euro-Länder, Fischerei- und Handelspolitik) soll festgelegt werden, in welchen Bereichen die Europäische Kommission tätig werden kann. Die Mitgliedsstaaten sollten sich verpflichten in keinen weiteren Bereichen Wünsche für Gesetzesvorhaben an die Kommission heranzutragen. Daneben soll es – wie in Österreich seit dem 1. Juli 2017 – die Möglichkeit für ein „Ablaufdatum“ für Gesetze geben, wie auch eine sogenannte „one in, two out“ Regelung: Für jede neue gesetzliche Regelung müssten zwei alte bisherige Bestimmungen gestrichen werden.

Dass bei einer Verkleinerung der EU-Kommission Österreich auf „seinen“ EU-Kommissar verzichten müsste, wird nicht näher ausgeführt. Auch ob die Bürger das wirklich wollen, wird nicht erörtert. Schon gar nicht wird darauf Bedacht genommen, dass etwa andere EU-Mitgliedstaaten dem nicht zustimmen könnten. Stattdessen wird eine Verkleinerung proklamiert. Weil „kleiner“ bedeutet „schlanker“ – und „schlanker“ scheint die neue Maxime der ehemaligen österreichischen Volkspartei.

Überraschenderweise fehlt auch der Bereich „Landwirtschaft“ bei der Auflistung der „ausschließlichen EU-Kompetenzen“. Bedeutet das etwa, dass die EU-Landwirtschaftspolitik – der zentrale Kernbereich der EU und mit Abstand größte Budgetposten – abgeschafft werden soll? Erstaunlicherweise rührt sich dazu nichts von Seiten der österreichischen Agrarier. Offensichtlich ist man – den möglichen Wahlsieg vor Augen – auch schon mal bereit seine eigene Kernwählerschicht „Bauern“ über die Klinge springen zu lassen.

Was man sich unter der Forderung „Die Mitgliedsstaaten sollten sich verpflichten, in keinen weiteren Bereichen Wünsche für Gesetzesvorhaben an die Kommission heranzutragen“ vorstellen soll und muss ist unklar. Dem Außen- und Europaminister Kurz scheint in seiner Amtszeit offensichtlich entgangen zu sein, dass das Europarecht bisher schon keine „Gesetzesinitiative“ von Mitgliedstaaten kannte. Offensichtlich wurden hier die europarechtlichen Hausaufgaben nicht gemacht.

Der letzte Punkt betrifft den Aspekt eines Ablaufdatums für Gesetze. Auch hier ist die „neue ÖVP“ spät dran. Dieser Aspekt wurde schon vor Jahrzehnten diskutiert und renommierte Studien (etwa der Bertelsmann Stiftung) kommen zum einhelligen Ergebnis, dass ein solcher Automatismus keinerlei Vorteile bringen würde. Im Gegenteil birgt jede Art von Automatismus seine Gefahren. Die Forderung für jedes neue Gesetz zwei alte zu streichen, stammt dann wohl auch aus der Populistenwunderkiste. Oder bedeutet das dann etwa auch, dass für jede Agrarförderung zwei bestehende Förderungen gestrichen werden?

Außen- Sicherheits- und Verteidigungspolitik

Im Bereich der Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik hat es zu einer Stärkung der EU zu kommen, es braucht eine zivil-militärische Grenzschutztruppe für EU Assistenzeinsätze an der EU-Außengrenze und eine robuste Kriseneingriffstruppe, die zum Schutz Europas international einsetzbar ist. Wie das mit der ein paar Seiten zuvor geforderten „Reduzierung und Konzentration“ auf wenige Politikbereiche zusammenpasst, wird leider nicht erklärt. Außen- Sicherheits- und Verteidigungspolitik wird jedenfalls nicht als „ausschließliche EU-Kompetenz“ gefordert.

Der Brexit, der Austritt des drittgrößten EU-Mitgliedsland Großbritannien, soll – was würde man sagen „was sonst“ - als Chance für den Kurswechsel genutzt werden. Auf Nettozahler wie Österreich dürfe keine weitere finanzielle Belastung zukommen, Einsparungen seien vor allem in der Bürokratie der EU zu erzielen. EU-Einrichtungen, wie die Arzneimittelagentur, wie auch Unternehmenssitze aus Großbritannien sind möglichst nach Wien umzusiedeln.

Auch hier regiert wohl wieder der Wunsch als Vater des Gedanken. Da das EU-Budget ein Prozent des EU-weiten Bruttonationalprodukts beträgt, ändert sich erstmals gar nichts für Österreich. Das Gesamtbudget wird nach dem Weggang Englands kleiner. Das mag all diejenigen besonders treffen, die daraus hohe Zuwendungen erhalten. Dass damit höhere Beiträge

einhergehen würden, ist wohl auszuschließen. Die angebliche „Einsparungspotential“ der EU-Bürokratie gehört in den Bereich Ammenmärchen. Schon heute ist der Anteil an Verwaltungsausgaben gering, der EU-Personalstand wird – bei steigenden Aufgabenübertragung aus den Mitgliedstaaten – seit einiger Zeit jährlich um jeweils ein Prozent reduziert. Man möge sich nur das österreichische Einsparungspotential vor Augen führen, wenn man in der Alpenrepublik Jahr für Jahr die Zahl öffentlichen Bediensteter um ein Prozent reduzieren würde.

Asylpolitik

Um das unrealistische und durchaus auch unsympathische Gesamtbild ihres sogenannten Wahlprogramms abzurunden, fordert die „neue ÖVP“ auch gleich noch eine neue europäische Asylpolitik ähnlich dem australischen Vorbild. Illegale Migration hat vollständig zu enden, legal dürfen Schutzsuchen nur durch Resettlement Programme – etwa durch das UNHCR – vor Ort aus Krisenregionen oder Flüchtlingscamps einreisen. Menschen, die über See kommen, sollen in „*Rescue Centers*“ in Drittstaaten gebracht werden und EU-Festland nicht mehr betreten. Bei Schutzbedürftigkeit sollen sie in Drittstaaten in „*Protection Centers*“ untergebracht werden, andernfalls haben sie in ihr Herkunftsland zurückzukehren. Nur besonders Schutzbedürftige, in erster Linie Frauen, Kinder und Familien, können durch Resettlement innerhalb der EU aufgenommen werden.

Auch hier wieder scheint den Wahlprogrammautoren entgangen zu sein, dass etwa das vielzitierte „australische Modell“ längst gescheitert ist und die Betroffenen gerade reihenweise millionenschwere Wiedergutmachungszahlungen zugesprochen bekommen. Aber offensichtlich lebt es sich im türkisen Weltbild so gut, dass man sich mit der tatsächlichen Entwicklung draußen in der Welt nicht auseinandersetzen mag. Zum unsäglichen „Lagerkonzept“ der ÖVP und ihren wohl historischen Beweggründen, immer wieder Rückgriffe auf „ihr“ Konzept vom „Anhaltelager“ machen zu müssen, wurde schon viel gesagt.

Nationale Außenpolitik

Nationale Außenpolitik hat nach Vorstellungen der neuen ÖVP österreichischen Interessen zu dienen. Österreichs begrenzte Ressourcen sollen auf eigene Prioritäten konzentriert werden. Die Mitgliedschaft in der EU biete dabei Österreich Möglichkeiten, an interessengesteuerter Außen- und Sicherheitspolitik und Vergabe von EU-Geldern mitzuwirken. Der EU-Beitritt der Westbalkanstaaten soll forciert, ein Beitritt der Türkei ist andererseits

ausgeschlossen. Nach dem Abbruch der Türkei-Verhandlungen sollen neue alternative Partnerschaftsabkommen entwickelt werden. Da bereits das Europaparlament den Abbruch der Beitrittsverhandlungen mit der Türkei fordert und selbst Deutschland entsprechende Gespräche für das Oktobertreffen des Europäischen Rates angekündigt hat, wird hier wiederum – wie so oft – Trittbrettpolitik betrieben. Dinge, die bereits auf Schiene und in Wahrheit längst entschieden sind, werden als eigene Forderung ausgegeben.

Österreichs Neutralität

Durch die Neutralität und die geographische Lage hat Österreich eine besondere diplomatische Tradition als Verhandlungsort und Standort von Internationalen Organisationen. Dadurch leistet das Land einen Beitrag zur Konfliktlösung, erwirtschaftet hohe Wertschöpfung und steigert das Ansehen Österreichs in der Welt. Künftige internationale Schwerpunkte sollen Themen zum Schutz der einzelnen Bürger, Abrüstung und Nichtverbreitung nuklearer Waffen sein. Eine aktive Mitgliedschaft bei den Vereinten Nationen steht im Mittelpunkt, 2018 bewirbt sich Österreich etwa wieder um einen Sitz im Menschenrechtsrat.

Auch hier wird Außenpolitik als Moderationsaufgabe verstanden, die Rolle Österreichs auf die Gastgeberrolle reduziert. Inhaltliche Initiativen vermisst man. Außenpolitische Treffen als Möglichkeit zum Geldverdienen zu verstehen („Wertschöpfung“) zeigt das traurige Verständnis von Außenpolitik. Offensichtlich reicht es der „neuen ÖVP“ Räumlichkeiten sowie Speis und Trank möglichst teuer zu verkaufen. Wer Außenpolitik so betreibt, verkommt zum Stundenhotel der Weltpolitik.

Russland

Österreich hat sich – nach Ansicht des türkisen Wahlprogramms – stärker in der Frage der Zusammenarbeit mit Russland einzubringen, um ein neues Blockdenken zu verhindern. Die wirtschaftlichen Sanktionen sollen zwar weiter bestehen, schaden jedoch den Interessen der österreichischen Wirtschaft. Sie sollen schrittweise im Gleichschritt mit der Umsetzung der Minsker Vereinbarung daher zügig abgebaut werden.

Die „neue ÖVP“ setzt sich schließlich international für Minderheiten und religiös Verfolgte ein. Ganz wichtig ist Kurz & Co dabei der Hinweis, dass 80 Prozent der aufgrund ihres Glaubens Verfolgten Christen sind.

Abschließend wird im außen- und europapolitischen Wahlprogramm der „neuen ÖVP“ ihrem unumstößlichen Säulenheiligen gedacht: Österreichs

Außenpolitik habe die Exportwirtschaft besser zu unterstützen, um Jobs und Wertschöpfung im Land zu sichern. Damit wird das Primat der türkisen Bewegung neuerlich klar: alles und jeder hat sich den Wirtschaftsinteressen unterzuordnen und zu dienen.

Sicherheitspolitik

Zur Sicherheitspolitik heißt es allgemein im Wahlprogramm, dass der Grenzschutz effektiver zu machen ist. Dafür sei das Bundesheer zu stärken und der Grundwehrdienst und das Milizsystem aufzuwerten. Die Entlohnung der Grundwehr- und Zivildienstler soll erhöht werden und vermehrt sollen Möglichkeiten zu Integration von Staatsbürgern mit Migrationshintergrund, wie Deutsch- und Staatskundekurse, gefördert werden. Das Instrument der Stellung soll zu einer modernen Gesunden-Untersuchung weiterentwickelt werden, welche auch auf freiwilliger Basis auch Frauen offen stehen soll. Daraus folgend sind auch neue Tauglichkeitsstufen zu entwickeln, um möglichst vielen Männern auch in alternativen Tätigkeiten den Wehrdienst zu ermöglichen. Dass man das Heer unter normalen Umständen nicht zur Grenzsicherung verwenden sollte, scheint kein Thema zu sein. Der schleichenden Militarisierung des Grenzschutzes wird mit diesem Programm jedenfalls Vorschub geleistet. Dem Wehrdienst auch noch Integrationsaufgaben aufzubürden, passt in das bisherige Amtsverständnis des türkisen Bündnisführers: anderen Ressorts und anderen Ministern Aufgaben zuweisen, die man eigentlich selber zu erfüllen hätte. Ein Verhalten, mit dem Sebastian Kurz übrigens auch zunehmend in Brüsseler EU-Gremien negativ auffällt – wenn er sich denn dazu herablässt, an den Treffen teilzunehmen. Österreichs Außenminister gehört nämlich im EU-weiter Vergleich zu den faulsten Ministern, was die Teilnahme an EU-Treffen angeht.

Eine wahltaktische, programmatische Enttäuschung ersten Ranges

Nach dieser Zusammenfassung des aktuellen „ÖVP neu“ Wahlprogrammes kann das analytische Fazit nur lauten: Eine wahltaktische, programmatische Enttäuschung ersten Ranges. Die „neue ÖVP“ besetzt zwar seit nunmehr 30 Jahren durchgehend das Außenministerium (auch wenn es so nicht mehr heißt), seit 2013 ist Sebastian Kurz persönlich Ressortchef und für die selbst herbeigeführte vorgezogene Nationalratswahl präsentieren sie sich als „*one trick pony*“: Alle Außen- und Europapolitik und erst recht die Verteidigungspolitik stehen unter dem Eindruck einer permanenten Flüchtlingskrise! Sogar Deutschkurse und Integration von Migranten soll nun doch bitte das Bundesheer übernehmen. Das zuständige eigene Ministerium

kann wieder einmal die Umsetzung und die Kosten jemand anderen umhängen und von der Seitenlinie das Geschehen kommentieren, ohne selbst tätig zu werden.

Gleichzeitig übertrumpft die „neue ÖVP“ das selbstgewählte Vorbild Australien an restriktiver Flüchtlingspolitik und tut so, als ob man Asylwerber in Zeiten der Globalisierung in Dritte Welt Staaten outsourcen könnte. Warum sollten Drittstaaten etwa diese ominösen „*Protection Centers*“ auf ihrem eigenen Gebiet (!) zulassen, wie sollte Schutzsuchenden dort geholfen werden und – nicht unwichtig – was soll das alles eigentlich kosten?

Wäre das alles nicht schon schlimm genug, so gewinnt man den Eindruck, dass die selbsternannte Europapartei ÖVP keine Ahnung von europäischer Integrationspolitik hat. Unter dem Deckmantel einer Rückbesinnung auf ursprüngliche Aufgaben (ohne aber Agrarpolitik zu nennen) werden alle Klischees erfüllt: Die EU schreibt uns die Glühbirnen vor, bestimmt wie braun die Pommes Frites sind und der arme Klein- und Mittelunternehmer hat sich ganz allein mit 85.000 Seiten EU-Rechtsbestand herumzuschlagen. Dass die österreichischen KMUs mit kostenintensiven Gewerbescheinen und föderalen Bauvorschriften nationalen Ursprungs viel mehr Probleme haben, wird naturgemäß verschwiegen.

Das ganze nun vorliegende europapolitische Programm hat ein Ziel: Die 60 Jahre EU-Integration und dazu gehörenden „spill-overs“ zurückzudrehen und ganz nach britischem Vorbild die EU in eine zahnlosen Freihandelszone zu verwandeln! Natürlich aber mit eigenen Grenztruppen und Interventionstruppen, soviel Sicherheit muss sein. Warum man dazu einen Kommissionspräsidenten direkt wählen, soll bleibt unklar; das bereits bestehende direkt gewählte Europaparlament wird nicht einmal erwähnt in diesem sogenannten Wahlprogramm. Kafkaesk wird es, wenn im Programm gemeint wird, dass die EU-Kommission in Bereichen aktiv wird, wo sie „eigentlich keine Kompetenz“ hat. Wenn dem wirklich so wäre: Wie wärs mit einer Klage vor dem Europäischen Gerichtshof? Wie soll die behauptete „Rechtssetzung ohne Kompetenz“ denn in der Realität gelingen, wenn nicht die zuständigen EU-Mitgliedsstaaten im Ministerrat bzw. das Europäische Parlament dem jeweils zustimmen? Zugegeben: Im EU-Rat „*Allgemeine Angelegenheiten*“ lässt sich Sebastian Kurz kaum blicken, aber kennt der Außenminister nicht einmal das ordentliche Rechtssetzungsverfahren der EU zumindest in der Theorie? Vielleicht kann es ihm jemand nachgoogeln. Der geforderte Subsidiaritätspakt ist nichts anderes als der Umbau der supranationalen EU in eine altmodische intergouvernementale Staatengruppe

ähnlich der Afrikanischen Union. Die Mitgliedsstaaten sollen außerhalb von bestimmten Bereichen keine Gesetzesvorhaben an die Kommission herantragen. Im Rechtssystem der EU gilt immer noch das Initiativmonopol der Europäischen Kommission und darüber wird bekanntlich bei den kommenden österreichischen Nationalratswahlen auch nicht abgestimmt.

Mit diesem „Programm“ jedenfalls macht Sebastian Kurz und seine „neue ÖVP“ klar, wo sie international und ideologisch stehen wollen: an der Seite von Viktor Orban.

Stefan Brocza, Andreas Brocza